

nach römischem und eidgenössischem Vorbild (134 ff., 324 ff.). Im Ruhestand verarbeitet Machiavelli seine Erfahrungen nicht selbstkritisch (371 f.). Er ist ein „miserabler Prophet“ (371), aber in der Verbindung von Realität, Erfahrung, römischen Klassikern, Ironie und Verallgemeinerung gelangen ihm – vor allem in den *Discorsi* (vgl. 115, 265 f., 273 ff.) – wegweisende „politische Träumereien“ (310 ff.). Seine Position als Außenseiter mit Distanz zum Erlebten führt ihn, was *Reinhardt* nachzeichnet, aus Einsicht in Politik als Macht und Schein sowie aus der normativen Orientierung an der Republik (313) zur Formulierung von „Gesetz[n] der Geschichte“ (310).

Eike Hennig

Sammelrezension

Coleman, Stephen und Jay G. Blumler. *The Internet and Democratic Citizenship*. Cambridge. Cambridge University Press 2009. 220 Seiten. 26,00 \$.

Dahlgren, Peter. *Media and Political Engagement. Citizens, Communication, and Democracy*. Cambridge. Cambridge University Press 2009. 232 Seiten. 25,92 \$.

Earl, Jennifer und Katrina Kimport. *Digitally Enabled Social Change. Activism in the Internet Age*. Cambridge (USA)/London (UK). Cambridge University Press 2011. 258 Seiten. 21,69 \$.

Die Veränderung politischer Beteiligung durch das Internet und die daraus erwachsenden Herausforderungen und Chancen für die Demokratie sind ein Thema, das durch die Rolle von

Facebook und Twitter in den Demokratisierungsbewegungen der arabischen Welt jüngst sehr viel Aufmerksamkeit erfahren hat. Der Diskurs ist aber schon bedeutend älter: Es lässt sich argumentieren, dass die gegenwärtige Konjunktur der zweite große Hype um dieses Thema ist. Gegenstand der Debatten ist dabei nicht nur die Nutzung moderner Kommunikationstechnik in demokratischen Prozeduren oder für Demokratisierungsprozesse, sondern ebenso die Erörterung des weiteren Horizonts der Transformation etablierter repräsentativer Demokratien durch das Internet.

Die erste Welle der Beschäftigung lässt sich auf die Zeit um die Jahrtausendwende datieren. Die hochfliegenden Erwartungen zu Zeiten des Dotcom-Booms und die starke Aufmerksamkeit für die sich vernetzende Alterglobalisierungsbewegung gehörten zu den Auslösern der damaligen Diskussion. Prognostiziert wurden eine radikale Transformation der Demokratie und auf lange Sicht ein Einebnen hierarchischer Repräsentationsverhältnisse durch den verbesserten Informationszugang und sich entwickelnde direkte Äußerungs- und Beteiligungsmöglichkeiten. Das utopisch überschießende Moment wurde jedoch alsbald durch die kommerzielle Prägung der Netzentwicklung und die weitgehend beibehaltene Unterscheidung von Inhaltsproduzenten und -rezipienten gedämpft. Die folgende neue Nüchternheit ließ das Thema für einige Zeit aus dem öffentlichen Diskurs verschwinden, doch mit der Evolution der technischen Infrastruktur – insbesondere die durch Smartphones erlangte Ubiquität des Netzzugangs und die neuartigen Vernetzungsweisen im Web 2.0 – sowie mit dem Aufkommen neuer Konfliktdimensionen ist das

Thema Internet und Demokratie wieder aktueller denn je.

In dieser Rezension sollen exemplarisch drei viel diskutierte Bücher aus dieser zweiten Welle der Internetliteratur besprochen werden. In allen dreien wird die große Frage nach der Transformation des Demokratieverständnisses in Zeiten des Internet gestellt. Gesucht wird eine demokratietheoretische Grundlage für die in Horizontalität und Netzwerke projizierten normativen Erwartungen. Gemeinsam ist den Büchern – und der Diskussion im Allgemeinen –, dass die Senkung der Kosten von Partizipation und die Möglichkeit der many-to-many-Kommunikation als Chance gesehen werden, der als zeittypisch erachteten Politik(er)verdrossenheit entgegenzuwirken. Ob dieses Potential realisiert werden kann, wird aber als keineswegs gesichert angesehen und auf unterschiedlichen Wegen zu erreichen versucht.

In dem von *Stephen Coleman* und *Jay G. Blumler* verfassten Buch „The Internet and Democratic Citizenship“ wird die Idee einer öffentlich-rechtlichen Institutionalisierung einer deliberativen Netzöffentlichkeit stark gemacht. Um dieses Argument zu veranschaulichen, gehen die Autoren von einer Differenzierung demokratietheoretischer Perspektiven zwischen *incumbent* und *critical democracy* aus. Ersterer stehe für ein repräsentatives Verständnis von Demokratie, letztere für ein partizipatorisch-solidarisches Modell. *Coleman* und *Blumler* zeigen nun anhand der Besprechung von Initiativen, die den Geist jeweils einer dieser Sichtweisen digital zu verwirklichen trachten, dass für sich genommen beide dieser Linien das Ziel der Wiederbelebung politischen Interesses verfehlen müssen. Mal werden die Bemühungen

als Pseudo-Partizipation aufgenommen und stehen in der Gefahr, weitere Entfremdung nach sich zu ziehen, mal scheitern sie an ihrer fehlenden Sichtbarkeit oder allgemeinen Wirkungslosigkeit. Die Gefahr, dass auch digital gestützte Versuche die real existierende Demokratie zu demokratisieren, scheitern, ist daher groß – und durch das Beispiel vormals enttäuschter Hoffnungen im Zuge des Medienwandels auch sehr präsent.

Um ein solches Scheitern zu verhindern, schlagen *Coleman* und *Blumler* vor, die Exklusivität der die Reformversuche inspirierenden Demokratieverständnisse zu hinterfragen. Es bedürfe einer Kombination aus von „von-oben“ induzierten und direkt-partizipatorischen Elementen. Sie greifen hierfür auf die Aktualisierung eines eigenen älteren Vorschlags zurück, die Errichtung eines *civic commons*. In diesem gilt es, die Übermacht von kommerziellen und bürokratischen Interessen zu entgehen und der Bürgerschaft die Möglichkeit zu geben, sich in einer geschützten Umgebung selbst zu vernetzen und über den Dialog untereinander auch in Kontakt mit den Institutionen zu kommen. Die Errichtung und Pflege eines solchen Raums soll durch eine neu zu schaffende, neutrale Agentur übernommen werden. Diese soll den Zugang aller sicherstellen, gewisse Moderationsregeln etablieren, eine objektive Informationsbereitstellung anstreben und so auf lange Sicht Vertrauen etablieren und bürgerschaftliche Initiativen ermöglichen. Kurz: Sie soll die Vorbedingungen freier und gleicher Deliberation erzeugen.

Während die Autoren behaupten, dass die Entwicklung hin zum Web 2.0 diesen Forderungen entgegenkomme und damit die Umsetzung ihres Vorschlags in greifbare Nähe rücke, so muss doch

gefragt werden, ob *Coleman/Blumler* sich wirklich den stärksten Einwänden gegen die propagierte Idee stellen. Insbesondere die entpolitisierte Idee einer neutralen Agentur als „Lösung“ für die einvernehmliche Kommunikation von Staat, Markt und Bürgern wirkt arg technokratisch. Ob politisches Handeln sowie die projizierte Rationalität des Diskurses wirklich durch ein zentralistisch gedachtes und umgesetztes Bürgerportal motiviert werden kann, scheint – gerade wenn man die von den Autoren ja vorgestellten, oft unternommenen und doch gescheiterten Experimente bedenkt – mehr als fragwürdig.

Peter Dahlgrens Buch „Media and Political Engagement“ setzt einen anderen Fokus: Ziel ist es hier, eine analytische Perspektive zu entwickeln, um genauer zu erfassen, was bürgerschaftliches Engagement hervorbringt bzw. verhindert. Auch er versucht hierfür, die Debatten um normative Demokratietheorien für das Feld der Medien- und Kommunikationswissenschaft fruchtbar zu machen. Seine Ambitionen sind jedoch größer. Er versucht, über die deliberative Demokratietheorie hinaus eine allgemeine Medientheorie zu Demokratie und Bürgerschaft zu entwickeln. Insbesondere republikanische und radikale Demokratietheorien werden hierfür von ihm den deliberativ-demokratischen Ansätzen zur Seite gestellt. Jeder Verdacht einer elitenzentrierten Engführung und künstlichen Anmutung von Internetinitiativen soll so genommen werden. Im Ergebnis versucht *Dahlgren* ein Verständnis von Bürgerschaft stark zu machen, in dem das Wechselspiel von Institutionen und Bürgern im Mittelpunkt steht und sich selbst in einem selbstverstärkenden Modus entwickelt und stärkt. Dieses soll weder nur instru-

mentell, noch zynisch oder naiv gefasst sein. Ein konfliktzentrierter Politikaustrag sei anzustreben, von dem *Dahlgren* in einer recht gewagten Mischung aus Ansätzen zum Sozialkapital und radikalen Demokratietheoretikern wie Mouffe erwartet, dass sich eine beständige und selbstverstärkende bürgerschaftliche Praxis herausbildet.

Der Eklektizismus *Dahlgrens* sowie dessen ausgeprägte Neigung, sich mit stark generalisierenden kulturskeptischen Behauptungen zu exponieren, bewirkt, dass der Untersuchung begriffliche Schärfe und thematischer Fokus fehlen. Das Wirbeln mit Konzepten kann nicht verbergen, dass, von der Warte eines politischen Theoretikers aus gesehen, die Ausgestaltung der Idee viel zu wenig begründet wird. Fast alles hier ist Absichtserklärung, und Spannungen zwischen den Ansätzen werden einfach verdeckt. Auch in jenen Teilen, wo *Dahlgren* versucht, seine Sichtweise entlang der Transformation der Medienlandschaft zu illustrieren und seine demokratischen Entwicklungsprognosen zu begründen sucht, wird nicht klarer, worauf sich seine Hoffnungen stützen. So postuliert er zwar wiederholt, dass die neuen Medien aktive Einmischung ermöglichen und auf lange Sicht helfen werden, selbstbewusste demokratische Bürger hervorzubringen, doch jenseits des Gemeinplatzcharakters dieses Arguments fehlt der Analyse ein ernsthaftes Eingehen auf die Art und Weise, wie sich Kommunikationsmuster und Partizipationsweisen verändern. Die Bücher von *Dahlgren* und *Coleman/Blumler* zeigen insofern beide, dass der einfache Import von Debatten aus der normativen Demokratietheorie und die durch die Besprechung einzelner Phänomene und Initiativen gestützte Annahme, dass das Internet hier ir-

gendwie die Realisierungsmöglichkeiten von Demokratie verändert, allein zu jenen naiven Utopien führt, die bereits in dem oben erwähnten ersten Hype um Demokratie und Internet zu einem baldigen Abflauen der Debatte führten. Zudem ist in beiden Büchern der Fokus so einseitig auf die repräsentativen Institutionen des Nationalstaats und das Verhältnis der Bürger zu diesen gerichtet, dass die andere große Transformationsdimension der Demokratie, die Globalisierung, fast gar nicht zur Sprache kommt.

Eben wegen dieser zentralen Defizite obiger Bücher ist das Buch von *Jennifer Earl* und *Katrina Kimport* so wichtig. Irritierenderweise ist es nämlich ausgerechnet die dichte und fokussierte empirische Studie, die am Ende die interessantesten theoretischen Einsichten liefert. Fokus der Untersuchung von *Earl* und *Kimport* sind die interne Koordinationsprozesse digitalen Initiativen. Das Buch versteht sich dabei als Teil der Literatur aus der Bewegungsforschung und thematisiert die dort verhandelten Konzeptionalisierungen der Bedingungen politischen Engagements. *Earl* und *Kimport* identifizieren zwei in der Literatur dominante Sichtweisen: eine, die davon ausgeht, dass es nur zu quantitativen Verstärkungen bekannter Protestmechanismen kommt (supersizing) und eine, die politischen Aktivismus als durch das Internetzeitalter gewandelt begreift (theory 2.0). Sie schlagen sich dabei tendenziell auf Seiten der theory 2.0-Position, dies aber erst nach längerem Abwägen und in genau definierten Kontexten. Konkret werden sogenannte „E-Tactics“ wie Petitionen, E-Mail-Kampagnen oder Boykotte untersucht. Diese sind von „E-Mobilizations“, der Koordinierung von Offline-Protest, und „E-Mo-

vements“, völlig webbasierten Bewegungen, zu unterscheiden. Der Blick auf die E-Tactics erlaubt, sehr detailliert zu untersuchen, inwiefern das Argument der sinkenden Koordinations- und Kommunikationskosten eigentlich wirklich die Wahrscheinlichkeit und Form politischen Aktivismus verändert. Es zeigt sich, dass die Veränderung des Faktors „Kosten“ (gemeint sind dabei nicht nur finanzielle oder materielle Kosten, sondern das weitgefächerte Arsenal von Zeit- und Opportunitätskosten bis hin zu den Risiken der Exposition der eigenen Position) sich sehr stark auf Partizipationswahrscheinlichkeit, insbesondere aber auf die Organisation und Koordination von Protest auswirkt. So nimmt beispielsweise die Bedeutung von sozialen Bewegungen und NGOs als Initiatoren und Organisatoren von Protest deutlich ab. Zwar muss über diese Beschreibung der veränderten Ausgangslage und der sich transformierenden Protestrepertoires hinaus auch noch ein Rasonieren über Erfolgswahrscheinlichkeiten und die Untersuchung von Phänomenen wie *slacktivism* und *weak ties* als Achillesferse der neuen Protestformen angestrengt werden. Doch die materialreiche Vorarbeit, zu zeigen, wie gerade E-Tactics eine Veränderung der Kommunikationswahrscheinlichkeit zwischen institutionalisierter Politik und einzelnen Bürgern bewirkt haben, ist ein echter Zugewinn gegenüber der unspezifischen Literatur, die nur aus Strukturmerkmalen digitaler Vernetzung demokratietheoretische Hypothesen abzuleiten versucht. In Bezug auf die mit Blick auf *Coleman/Blumler* und *Dahlgren* skizzierte demokratietheoretische Diskussion hebt sich das in *Digitally Enabled Social Change* vertretene Argument daher

wohltuend ab. Sehr gezielt wird hier ein Faktor zu bestimmen gesucht, der für Veränderungen in Engagement und Motivation ursächlich sein kann. Ungeachtet dieser inspirierenden Studie lässt sich aber auch mit Blick auf die gegenwärtige Literatur zu Internet und Demokratie feststellen, dass die Veränderung der Demokratie durch digitale Kommunikation ein Phänomen bleibt, dem schwer auf die Schliche zu kommen ist. Ein guter Weg der Erforschung scheint dabei zu sein, eher induktiv die aus der Gesellschaft kommenden Veränderungen zu untersuchen – welche auch Untersuchungen zu Phänomenen wie Wikileaks, der Piratenpartei oder die Urheberrechtsdebatte umfassen könnten. Die Aktualisierung etablierter Demokratietheorien durch Netzwerkrhetorik oder das Herleiten von Webinitiativen aus demokratietheoretischen Großüberlegungen mutet hingegen künstlich an. Gerade die deutschsprachige Politikwissenschaft hat sich an diesem Diskurs bisher noch sehr wenig beteiligt, ein Zustand, den es in den kommenden Jahren zu ändern gelten wird.

Thorsten Thiel

Vergleich politischer Systeme

Heinemann-Grüder, Andreas. *Föderalismus als Konfliktregelung. Indien, Russland, Spanien und Nigeria im Vergleich*. Opladen, Berlin, Farmington Hills. Verlag Barbara Budrich 2011. 322 Seiten. 36,00 €.

Multi-ethnische Staaten gelten häufig als besonders konfliktträchtig und zerfallsgefährdet. Insbesondere in Vielvölkerstaaten mit kompakt siedelnden Gemeinschaften und ausgeprägten eth-

nischen Identitäten wird das Konfliktpotential aufgrund des großen politischen Mobilisierungspotentials besonders hoch eingeschätzt. Ethnische Heterogenität generiert Integrationsprobleme und ein dauerhaftes Konfliktpotential. Von einigen Autoren wird ethnischer Föderalismus als Lösung präsentiert. Kritiker hingegen stützen sich auf das Scheitern des Ethnoföderalismus in der Sowjetunion und den gewaltsamen Zusammenbruch Jugoslawiens.

Ist ethnischer Föderalismus nun „Fluch oder Segen“? Diese Frage stellt *Andreas Heinemann-Grüder* zu Beginn seines Buches. Um es vorweg zu nehmen: Die Studie präsentiert kein „Allheilmittel“ für ethnisch gespaltene Gesellschaften; sie entwirft auch kein generelles Konzept für die institutionelle Ausgestaltung multi-ethnischer Staaten. Vielmehr untersucht der Autor die Erfahrungen mit föderaler Konfliktregelung in vier Vielvölkerstaaten (Indien, Russland, Spanien und Nigeria) und versucht herauszuarbeiten, welche Faktoren für die Funktionsfähigkeit ethno-föderaler Konfliktbearbeitung von besonderer Bedeutung sind.

Zu Beginn der Arbeit gibt der Autor einen Überblick über die Ursachen ethnischer Konflikte und die akademische Kontroverse zum ethnischen Föderalismus. Im Folgenden stellt er „Messlaten“ für die Konfliktregelung auf, an denen sich ethnischer Föderalismus messen lassen muss. Entscheidend ist für den Autor dabei, „ob die Logik des Ethnonationalismus an den entscheidenden Interventionspunkten durchbrochen wird“ (29). *Andreas Heinemann-Grüder* schlägt zehn Messlaten vor, die ethnischen Föderalismus dann als „gut“ bewerten, wenn er „Konflikte bearbeitet, disaggregiert, Kooperati-